

29. September 2008



PRESSEMITTEILUNG

DL 21 Baden-Württemberg sieht sich in ihrer Ablehnung des Privatisierungsbeschlusses bestätigt und fordert Verschiebung der Bahn-Privatisierung.

Angesichts der internationalen Finanzmarktkrise ist der für den 27. Oktober geplante Börsengang der Bahntochter DB Mobility Logistics AG unverantwortlich.

Nachdem gegen einen großen Widerstand die Privatisierung beschlossen worden ist, darf jetzt nicht nach dem Motto „Augen zu und durch“ die Umsetzung zu einer Finanzkatastrophe werden.

Nach Einschätzung von Finanzexperten liegt der derzeit erzielbare Erlös mit 4,5 Milliarden Euro weit unter den bisherigen Erwartungen von sechs bis acht Milliarden Euro. In Anbetracht der aktuellen Lage auf den internationalen Finanzmärkten darf Staatseigentum nicht weit unter Wert verschachert werden. Die DL 21 Baden-Württemberg fordert daher nachdrücklich, den geplanten Börsengang der DB Mobility Logistics AG mindestens auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben wenn nicht sogar den Privatisierungsbeschluss als solchen zurück zu nehmen.

Die Deutsche Bahn ist bisher zu 100 Prozent im Besitz des Bundes. Vom Börsengang betroffen sind 24,9 Prozent der DB Mobility Logistics AG - der Personenverkehrs- und Logistiksparte der Deutschen Bahn. Die Verkaufserlöse sollen zu gleichen Teilen an den Bundeshaushalt, die Eigenkapitalerhöhung der Bahn sowie den Schienenverkehr fließen. Die Deutsche Bahn AG und damit Schienen, Bahnhöfe und die Energieversorgung bleiben auch nach der geplanten Teilprivatisierung vollständig im Bundesbesitz.

Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg
Hilde Mattheis MdB
Karin Bauer
Leni Breymaier
Rita Haller-Haid MdL
Jürgen Höfflin
Udo Lutz
Christine Rudolf
www.forum-dl21.de
info@forum-dl21.de

Kontakt:

Hilde Mattheis MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 -227 75142
E-Mail: hilde.mattheis@bundestag.de